

# Stimmung zur Schaffung der NVA (3)

21. Januar 1956

Stellungnahme zur Nationalen Volksarmee (3. Bericht) [Information Nr. M15/56]

## Quelle

BStU, MfS, AS 78/59, Bl. 201-215.

## Serie

Informationen.

## Verteiler

Kein Nachweis für externe oder interne Verteilung.

## Bemerkungen

Inhaltsübersicht mit Seitenangaben nicht wiedergegeben.

## Verweise

Informationen [M10/56](#), [M14/56](#), [M17/56](#), [M21/56](#), [M24/56](#), [M26/56](#), [M30/56](#), [M32/56](#), [M35/56](#), [M37/56](#), [M45/56](#) und [M73/56](#).

### *I. Gesamteinschätzung*

Im Mittelpunkt der Diskussionen unter allen Bevölkerungsschichten steht weiterhin der Beschluss der Volkskammer zur Schaffung einer Nationalen Volksarmee.<sup>1</sup> Am stärksten wird dazu unter den Beschäftigten der volkseigenen Industrie Stellung genommen.<sup>2</sup> Unter den älteren Arbeitern werden in etwa 60 % der Diskussionen zur Schaffung einer Nationalen Volksarmee positive Stellungnahmen abgegeben, während die Diskussionen Jugendlicher sowie der Angestellten und Angehörigen der Intelligenz der Betriebe in der Mehrzahl negativ oder pazifistisch sind. Ebenfalls ablehnend und pazifistisch äußert sich in der Industrie der größte Teil der weiblichen Beschäftigten.<sup>3</sup> In den positiven Stellungnahmen kamen wiederum Verpflichtungen zum Beitritt zur Volksarmee, zu besseren Produktionsleistungen, aktiver Mitarbeit in der GST und den Kampfgruppen<sup>4</sup> u. Ä. zum Ausdruck.<sup>5</sup> Weiterhin wurden wieder Diskussionen bekannt, in denen einzelne Personen und Gruppen eine Volksabstimmung oder Ähnliches über die Nationale Volksarmee fordern.<sup>6</sup>

### *II. Hauptargumente*

Im Vordergrund ablehnender und negativer Äußerungen stehen<sup>7</sup> weiterhin die bisher schon bekannten Argumente,

- »dass die VP und KVP doch genügt und dass man nicht noch eine Volksarmee braucht«,
- »dass sie kein Gewehr mehr anfassen«,
- »dass ein neuer Krieg bevorsteht«,
- »dass der Westen nicht angreift«,
- »dass alles ›von oben‹ bestimmt würde«,
- »dass die Vorbereitungen ›wie bei Hitler‹ vorgenommen würden«,
- »dass der Lebensstandard nunmehr sinken werde«. <sup>8</sup>

Zu diesen Argumenten wurden folgende neue wesentliche Argumente bekannt:

- 1.) Bezugnehmend auf frühere Äußerungen führender Genossen sowie auf Kongressen und Großkundgebungen wird die Ablehnung der Nationalen Volksarmee vielfach damit begründet, dass nach 1945 gesagt wurde, *kein Deutscher soll wieder eine Waffe tragen*<sup>9</sup> (Bezirke Hall Frankfurt/O., Cottbus, Rostock, Suhl).
- 2.) Unter Verkennung der neuen politischen Lage und des Charakters der Nationalen Volksarmee wird besonders von Jugendlichen zum Ausdruck gebracht, dass sie die *Gestellungsbefehle zerreißen* werden,<sup>10</sup> wenn die Wehrpflicht eingeführt wird,<sup>11</sup> so wie man es bisher von den westdeutschen Jugendlichen forderte (Bezirke Suhl und Wismut).
- 3.) Verschiedentlich wird aus Unkenntnis über die internationale und nationale Lage zum Ausdruck gebracht, dass sich die DDR damit *nicht a Potsdamer-Abkommen*<sup>12</sup> hält und die *Aufstellung der Nationalen Volksarmee noch verfrüht* durchgeführt würde<sup>13</sup> (Bezirke Suhl, Potsdam, Cottbus, Rostock).
- 4.) Im gleichen Zusammenhang wird die Ablehnung damit begründet, dass » *dadurch die Wiedervereinigung beiseite gedrängt*« und die Verbindungen nach Westdeutschland abgebrochen würden<sup>14</sup> (Bezirke Rostock, Cottbus).
- 5.) Ebenfalls aus Unkenntnis über die Politik der DDR in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands wird bei der Ablehnung argumentiert, *hätten viele Bekannte in Westdeutschland, gegen die sie keine Waffen erheben* würden<sup>15</sup> (Bezirke Suhl, Potsdam, Cottbus, Wismut, Berlin – Baustelle Nalepastraße).
- 6.) Häufig wurde im Zusammenhang mit dem Beschluss der Volkskammer das Argument in den Diskussionen angeführt, *dass es nach einem 17.6. aussieht*<sup>16</sup> (Bezirk Frankfurt/O. und Schwerin, Suhl).

#### Charakteristische Beispiele

##### 1.) Arbeiter in der Industrie

- Die Arbeiter des *Großhandelskontor Auslieferungslager Fürstenberg (Oder)* brachten zum Ausdruck, »nach 1945 habe es geheißsen, kein Deutscher sollte mehr eine Waffe in die Hand nehmen und jetzt wird alles militarisiert.«<sup>17</sup>
- Im *Schacht 12 Oberschlema* der Wismut äußerte ein Hauer: »Ich halte es für besser, wie es auch die Kumpel des Schachtes 38 – Oberschlema zum Ausdruck brachten, man solle viel lieber ein Telegramm an den Weltfriedensrat senden,<sup>18</sup> damit dieser die Menschen in Ost- und Westdeutschland auffordern kann, keine Waffen in die Hände zu nehmen und jeden Stellungsbehehl zu zerreißen.«
- Im *Porzellanwerk Neuhaus*, [Bezirk] *Suhl*, führte der Arbeiter [Name 1], Mitglied der SED, aus, »die Einberufung der Volksarmee zum heutigen Tage ist noch verfrüht, da die Bevölkerung im Großen und Ganzen nicht genug vorher ideologisch über die Dringlichkeit aufgeklärt wurde.«
- Im *Objekt 101 der Wismut in Zwickau* erklärte ein Arbeiter bei der Ablehnung zur Unterschrift unter einer Entschließung: »Ich werde keine Unterschrift für die Bildung einer Volksarmee geben, denn was man hier tun will, bedeutet Bruderkrieg. Die Arbeiter in Westdeutschland werden schon keine Waffe gegen uns erheben.«<sup>20</sup>
- Im *Funkwerk Dabendorf*, [Bezirk] *Potsdam*, brachten die dort beschäftigten Frauen zum Ausdruck, »wir haben so viele Bekannte und Verwandte in Westdeutschland und da ist es doch nicht möglich, dass wir die Waffe gegen sie erheben.«<sup>21</sup> Diese Meinung ist charakteristisch für die weiblichen Beschäftigten in allen Industriezweigen.

##### 2.) Angehörige der Intelligenz und Angestellte in der Industrie

Im *Eisenwerk Bernsdorf*, [Bezirk] *Cottbus*, brachte der technische Zeichner, [Name 2], in einer Versammlung von 20 Angestellten zum Ausdruck: »Die Erklärung der Volkskammer zur Schaffung einer Volksarmee ist noch zu verfrüht. Es wäre richtiger gewesen, wenn die Großmächte den Friedensvertrag abgeschlossen hätten und ihre Truppen aus Deutschland herausgezogen hätten. Dann wäre es auch an der Zeit, dass ganz Deutschland eine National-Armee aufbaut.«

In der *Warnow-Werft Warnemünde* äußerte der Technologe [Name 3]: »Man errichtet jetzt in beiden Teilen Deutschlands eine Wehrmacht, was die Wiedervereinigung Deutschlands vollkommen beiseite drängt. Die Verbindungen zu Westdeutschland werden dadurch restlos abgebrochen und eine Wand zwischen beiden Teilen errichtet.«<sup>22</sup>

##### 3.) Jugendliche in der Industrie

- In der *Abteilung Eisenbahn des BKW Spreetal*, [Bezirk] Cottbus, wurde in einer Versammlung der Beschluss der Volkskammer behandelt und anschließend eine Entschließung zur Unterschrift herübergereicht. Der Rangierer [Name 4] brachte dazu zum Ausdruck: »1945 habt ihr gesagt keine Waffen mehr in die Hand nehmen und aus diesem Grunde gebe ich meine Unterschrift nicht.« Die übrigen elf Arbeiter haben darauf auch abgelehnt zu unterschreiben.<sup>23</sup>
- In der *Schiffbau- und Reparaturwerft Stralsund* brachte der jugendliche Schlosser [Name 5] seine Ablehnung mit den Worten zum Ausdruck »zu den Weltfestspielen 1951 mussten wir einen Schwur leisten,<sup>24</sup> nie wieder eine Waffe in die Hand zu nehmen, und jetzt kommt die Bildung der Armee.«<sup>25</sup>
- In der *Grube Stahlberg*, [Kreis] *Schmalkalden*, [Bezirk] *Suhl*, äußerte der Jugendliche [Name 6]: »Auf dem IV. Parlament der FDJ hat man erklärt,<sup>26</sup> die Jugend soll lernen und nochmals lernen, aber nicht, dass wir schon wieder Krieg führen sollen.«<sup>27</sup>
- In der *mechanischen Werkstatt des Werkes 536 Zwickau* erklärten mehrere Jugendliche, »wenn das Wehrgesetz erlassen wird«, wollen sie es machen, wie es den westdeutschen Jugendlichen immer empfohlen würde, nämlich »den Stellungsbefehl zerreißen.«<sup>28</sup>
- Im *RAW Potsdam* erklärten mehrere Jugendliche, im Potsdamer Abkommen wäre festgelegt, dass »keine Armee mehr aufgestellt wird. Die DDR würde doch immer betonen, dass sie sich an das Potsdamer Abkommen hält.« Ein Jugendlicher lehnte den Eintritt in die Volksarmee ab mit der Begründung, erst sein Abitur zu machen. 25 % der Belegschaft haben sich gegen die Aufstellung der Volksarmee ausgesprochen.
- In der gestern stattgefundenen Aktivtagung der FDJ in Ilmenau, wo 120 Jugendfreunde und -freundinnen vertreten waren, verpflichteten sich 40 Jugendfreunde, den Reihen der Volksarmee beizutreten. Hierzu muss noch betont werden, dass die Begeisterung der Jugendlichen zur Schaffung einer Volksarmee vorrangig gewesen ist.<sup>29</sup>

#### 4.) Landwirtschaft

In der Landwirtschaft wurden vorwiegend Stimmen aus dem sozialistischen Sektor bekannt. Einzel- und Mittelbauern nahmen bisher nur sehr wenig Stellung und von Großbauern wurde bis jetzt fast gar nicht zur Schaffung einer Nationalen Volksarmee diskutiert. Im Verhältnis zur Industrie ist die Zahl der positiven Stellungnahmen der Werktätigen des sozialistischen Sektors (Traktoristen, Brigadiere, Landarbeiter, LPG-Bauern u. a.) größer.<sup>30</sup> Ca. 75 % des gesamten Personenkreises sprechen sich für die Schaffung einer Nationalen Volksarmee aus. Dabei muss allerdings die Einschränkung gemacht werden, dass ein kleiner Teil der Nationalen Volksarmee zustimmt, aber selbst mit dieser nichts zu tun haben will. Hauptargument der positiven Stimmen ist, »dass wir unsere Errungenschaften schützen müssen« und vielfach heißt es auch, »dass unsere Jugendlichen bei der Nationalen Volksarmee endlich einmal richtig erzogen werden.«<sup>31</sup> Ausdruck der positiven Stellung sind auch die Verpflichtungen zum Beitritt zur Nationalen Volksarmee, deren Zahl in der Landwirtschaft größer ist als in der Industrie. Z. B. verpflichteten sich sechs FDJler von MTS der Kreise Grimmen und Wismar, sofort in die Reihen der Nationalen Volksarmee einzutreten.

In den negativen und ablehnenden Äußerungen werden die gleichen Argumente gebracht wie sie auch aus der Industrie bekannt sind.<sup>32</sup>

Die nachstehend aufgeführten Äußerungen aus dem Bezirk Potsdam werden auch aus anderen landwirtschaftlichen Betrieben in ähnlicher Form bekannt.<sup>33</sup>

- Der parteilose Traktorist<sup>34</sup> [Name 7] von der MTS Ludwigsfelde, Kreis Zossen, brachte zum Ausdruck: »Es ist doch nicht richtig, dass der Osten und der Westen aufeinander hetzen, doch die Volksarmee ist auch eine Hetze. Im Jahr 1945 wurde gesagt, kein Gewehr, jetzt ist es aber wie sonst.«<sup>35</sup>
- Auch der parteilose Aktivist<sup>36</sup> [Name 8] vom VEG Großbeeren, Kreis Zossen, erklärte: »Wenn die Bundesarmee wirklich kommt und wir keine Waffen, dann tun sie uns auch nichts, haben wir aber eine Volksarmee, dann wird man uns später genauso zur Verantwortung ziehen, jetzt die Faschisten.«<sup>37</sup>
- Von einigen werktätigen Bauern<sup>38</sup> aus Werder, Kreis Neuruppin, wurde folgendermaßen diskutiert: »Wozu brauchen wir eine Volksarmee, wenn wir für den Frieden sind?«<sup>39</sup>

Außerdem beschäftigen sich noch einige Werktätige der Landwirtschaft mit der Frage, wo die Menschen für die Nationale Volksarmee herkommen sollen.<sup>40</sup> Aufgrund der Befürchtung eines Arbeitskräftemangels lehnen sie die Nationale Volksarmee ab.

- Der LPG-Vorsitzende [Name 9] aus Ludwigsfelde, Kreis Zossen, sagte: »Die Aufstellung einer Volksarmee bedeutet, dass wir weniger Arbeitskräfte für die Landwirtschaft haben werden. Wie sollen wir dann die Pläne erfüllen?«
- Aus den Reihen von Groß- und Mittelbauern wurden nur ganz vereinzelt – dabei meist ablehnende und negative – Äußerungen bekannt, die nachstehend wiedergegeben werden: Von einigen Mittel- und Großbauern der Gemeinde Ruppertsdorf ([Kreis] Stadtroda),<sup>41</sup> Bezirk Gera, w zum Ausdruck gebracht, »dass die Schaffung der Volksarmee nur von einem bestimmten Personenkreis verlangt und geschaffen wurde«. D Werktätigen aber hätte man gezwungen, ihre Zustimmung zu geben.<sup>42</sup>
- Eine Bäuerin aus Lindig [Kreis] Jena[-Land], Bezirk Gera, 45 Jahre alt, parteilos, brachte zum Ausdruck, dass es nun wieder Krieg gäbe, denn Volksarmee würde aufgestellt.
- Die Großbauern in der Gemeinde Blankenhagen, [Kreis] Rostock[-Land], erklärten: »Naja, die rüsten da drüben und hier wird jetzt auch aufgerüstet, da kann es ja dann bald losgehen.«<sup>43</sup>
- Die Großbauern der Gemeinde Ziesendorf, [Kreis] Rostock[-Land], erkennen diesen Beschluss der Volkskammer nicht an. Sie sind angeblich den Frieden und sind der Meinung, dass man dazu keine Armee braucht.<sup>44</sup>

### III. Übrige Bevölkerung<sup>45</sup>

Für die Stimmung der Angestellten in der Verwaltung kann die gleiche Einschätzung wie bei den Angestellten der Industrie gegeben werden (siehe Punkt III/2).

In der übrigen Bevölkerung (Hausfrauen, Handwerker, Geschäftsleute u. a.) beginnen jetzt erst die Diskussionen größeren Umfang anzunehmen. Dabei ist bei Hausfrauen, Handwerkern und Geschäftsleuten eine starke ablehnende Haltung festzustellen.<sup>46</sup> Positive Beispiele wurden fast gar nicht bekannt. Die Ablehnung der Nationalen Volksarmee wird hier mit den gleichen Argumenten wie in der Industrie begründet.<sup>47</sup>

Ein Handwerkmeister aus Zoppoten ([Kreis] Lobenstein), Bezirk Gera, äußerte sich anlässlich einer Mitgliederversammlung der NDPD wie folgt: »Das glaubt doch kein Mensch, dass die Werktätigen die Volksarmee gefordert haben, das ist wieder einmal eine Sache, die von oben künstlich gelenkt wurde. So ein Schwindel, etwas anderes ist es nicht und in der Presse heißt es dann: Die Werktätigen forderten die Aufstellung einer Volksarmee.«<sup>48</sup> Eine Hausfrau (SED) aus Bützow, [Bezirk] Schwerin, sagte, dass nach Ansicht ihres Sohnes, welcher Offizier bei der KVP ist, von 1 000 KVP-Angehörigen 100 gegen die Regierung ständen, es könne somit leicht zu einem 17. Juni kommen.

### IV. Forderungen einer Volksabstimmung

Volksabstimmungen wurden noch gefordert<sup>49</sup> in folgenden Objekten:

- VEB Feinmechanik Dresden,<sup>50</sup>
- VEB Kreisbaubetrieb Seelow, [Bezirk] Frankfurt/O.,
- VEB Schwermaschinenbau Wildau, [Bezirk] Potsdam.<sup>51</sup>

### V. Objekte mit negativen Erscheinungen

In einigen Objekten traten negative Erscheinungen, besonders bei Abstimmungen und Unterschriftenleistungen in folgenden VE-Betrieben auf:<sup>52</sup>

- Schiffbau und Reparaturwerft Stralsund, [Bezirk] Rostock, zwei Drittel der Belegschaft stimmten dagegen.<sup>53</sup>
- Lehrkombinat des EKS Stalinstadt, [Bezirk] Frankfurt/O.: von 28 Jugendlichen stimmten 23 dagegen.<sup>54</sup>
- VEB Bau-Union Dresden, Baustelle Altmarkt, wurde die Abstimmung durch negative Diskussionen verhindert.<sup>55</sup>
- VEB Simson Suhl, Abteilung Jagd, 96 % stimmten dagegen.<sup>56</sup>
- IKA Sonneberg, [Bezirk] Suhl, 100 % gegen Volksarmee.<sup>57</sup>
- VEB Röhrenwerk Neuhaus, [Bezirk] Suhl (Angestellte, Hauswerkstatt, Teilfertigung, Chemie, Kathodenfertigung und Aufbau), Mehrzahl geg Volksarmee.
- VEB Vomag Plauen,<sup>58</sup> Abteilung Montage, von 20 Genossen stimmten elf dagegen.
- BKW Spreetal,<sup>59</sup> [Bezirk] Cottbus, von 2 000 Beschäftigten gaben nur 400 ihre Unterschrift<sup>60</sup> unter die EntschlieÙung an die Volkskammer
- Kraftwerk Trattendorf, [Bezirk] Cottbus, durch negative Diskussionen keine Resolution unter den Angestellten angenommen.
- Kfz-Werk Potsdam,<sup>61</sup> 25 % der Belegschaft sprachen sich gegen Aufstellung aus.
- VEB Maxhütte Unterwellenborn, die Abteilung Hochofen lehnt Volksarmee ab.
- »Torpedo«-Werk Bernau, [Bezirk] Frankfurt/O., gesamte Belegschaft lehnt Volksarmee ab.<sup>62</sup>
- Werk 536 und 101 der Wismut in Zwickau, Belegschaft leistet keine Unterschrift unter EntschlieÙung.<sup>63</sup>
- VEB Feinmechanik<sup>64</sup> Dresden, 120 Jugendliche lehnten Volksarmee ab.<sup>65</sup>
- VEB Kabelwerk Köpenick, 80 % der Abteilung Registratur und Einkauf lehnten Aufstellung ab.

Im VEB Bekleidungswerk Bergen, Kreis Auerbach, [Bezirk] Karl-Marx-Stadt, legten <sup>66</sup> am 18.1.1956, in der Zeit von 12.30 bis 15.00 Uhr, 125 Arbeiterinnen (Besetzerinnen und Stepperinnen) die Arbeit nieder. <sup>67</sup> Ursache: Bisher wurden Uniformstücke für die KVP bei guter Entlohnung angefertigt. Diese Produktion wurde auf Herrenoberbekleidung umgestellt und der Verdienst ging dadurch wesentlich zurück. Die Arbeiterinnen brachten zum Ausdruck, dass sie gern wieder Uniformen arbeiten wollen. Nach Überzeugung durch die Partei und die Gewerkschaft wurde die Arbeit wieder aufgenommen. <sup>68</sup>

#### VI. Republikflucht Jugendlicher

Seit dem 15. Januar 1956 wird festgestellt, dass mehr Jugendliche als bisher versuchen, illegal die DDR zu verlassen, weil sie nicht zur Volksarmee wollen bzw. befürchten, dass bald ein Wehrgesetz kommt. Es handelt sich dabei vorwiegend um die Jahrgänge 1930 bis 1940, welche aus allen Bezirken der DDR, in der Mehrzahl aus Halle und Leipzig, kommen. Seit dem 8. Januar 1956 wurden von den Organen der Deutschen Grenzpolizei und der Transportpolizei folgende Jugendliche an die zuständigen VP-Organen übergeben, weil sie republikflüchtig werden wollten:

- 8. bis 15.1.1956: 94 Jugendliche,
- 17. bis 18.1.1956: 7 Jugendliche,
- 18. bis 19.1.1956: 51 Jugendliche. <sup>69</sup>

#### VII. Feindtätigkeit

Im VEB Baumwolle Olbersdorf, Kreis Zittau, [Bezirk] Dresden, wurde im Damenklosett eine Hetzlosung festgestellt. »Wir wollen keine Volksarmee, denn das bedeutet Krieg, nieder mit den Lumpen.« <sup>70</sup>

Weiterhin wurden folgende Hetzlosungen festgestellt:

- VEB Arzneimittelwerk Heyden Radebeul, <sup>71</sup> [Kreis] Dresden[-Land]: »Nieder mit Pieck – Adenauer <sup>72</sup> ist unser Befreier.« <sup>73</sup>
- VEB Getriebewerk Liebertwolkwitz, <sup>74</sup> [Bezirk] Leipzig: »Das waren Zeiten« und ein Hakenkreuz. <sup>75</sup>
- VEB Förderanlagen Leipzig: »Alles für Deutschland, Deutschland muss leben und wenn wir sterben müssen.«
- VEB Porzellanwerk Neuhaus-Schierschnitz, [Kreis] Sonneberg, [Bezirk] Suhl: »Wir brauchen keine Volksarmee.«
- Kreiskonsum Annaberg, [Bezirk] Karl-Marx-Stadt: »Ohne uns.«
- VEB PAMA Freiberg, [Bezirk] Karl-Marx-Stadt: »Wir wollen keine Wehrpflicht.«

Der VEB Sachsenwerk Niedersedlitz, [Bezirk] Dresden, erhielt eine anonyme Hetzschrift mit Anti-Sowjet-Hetze in Verbindung mit der Volksarmee. Weiterhin wird darin der Sturz der Regierung gefordert, und es heißt noch, dass freie und geheime Wahlen und Anschluss an die Bundesrepublik verlangt werden sollen. <sup>76</sup>

Am 18.1.1956, gegen 21.30 Uhr, ist im VEB Phänomomenwerk Zittau, <sup>77</sup> [Bezirk] Dresden, im Werk II, Seifhennersdorf, das Notstromgerät auseinandergeflogen.

Am 17.1.1956, gegen 22.55 Uhr, brach in der Gemeinde Leuchtentin, <sup>78</sup> Kreis Malchin, [Bezirk] Neubrandenburg, bei einem werktätigen Bauern ein Scheunenbrand aus. Es verbrannten zwei Pferde, zwei Milchkühe, ein Kalb, eine Sau mit vier Ferkeln, 30 Zentner Heu und verschiedene Geräte. Ursache: Vermutlich Brandstiftung.

Vorkommnisse an der D-Linie <sup>79</sup> bzw. an den Sektorengrenzen Berlin:

- Am 19.1.1956, gegen 10.15 Uhr und 19.40 Uhr, verletzten vier Flugzeuge aus Richtung Weimarschmieden (Westdeutschland) <sup>80</sup> kommend in Richtung Meiningen, [Bezirk] Suhl, weiterfliegend den Luftraum der DDR über den Gemeinden Stedtlingen, Bettenhausen und Geba. <sup>81</sup> E
- Am 18.1.1956 erschienen um 9.30 Uhr an der Sektorengrenze in Bergfelde, Kreis Oranienburg, [Bezirk] Potsdam, Panzerspähwagen der französischen Armee in Bataillon-Stärke. Zwei Offiziere besichtigten das Gelände und nach ca. 30 Minuten Aufenthalt fuhren die Panzerspähwagen nach verschiedenen Richtungen auseinander.
- Am 18.1.1956 forderten drei Frauen in Glienicke, Kreis Oranienburg, [Bezirk] Potsdam, die Grenzpolizisten auf, nach Westberlin überzukommen.
- Im Kreis Oranienburg, [Bezirk] Potsdam, zeigt sich nach dem Zurückziehen der sowjetischen Armee von der Wache an den Sektorengrenzen dass im verstärkten Maße Stumpmpolizisten an der Sektorengrenze in Erscheinung treten. <sup>83</sup>

1

Am 18.1.1956 beschloss die Volkskammer das Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee und des Ministeriums für Nationale Verteidigung (in: GBl. I 1956, S. 81).

2

Die letzten beiden Sätze am Rand markiert.

3

Die letzten beiden Sätze unterstrichen.

4

Die »Kampfgruppen der Arbeiterklasse« waren eine im Sommer 1953 auf Beschluss der SED gegründete paramilitärische Organisation von Beschäftigten in Großbetrieben, VEG, LPG, MTS und staatlichen Verwaltungen. Vgl. Siebeneichner, Tilmann: Proletarischer Mythos und realer Sozialismus. Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR. Köln u. a. 2014.

5

Satz am Rand markiert.

6

Satz unterstrichen.

7

Satz bis hierhin unterstrichen.

8

Alle Zitate am Rand markiert.

9

Absatz bis hierhin am Rand doppelt markiert.

10

Absatz bis hierhin am Rand doppelt markiert.

11

Am 26.9.1955 wurde Art. 5 der Verfassung der DDR um einen Abs. 4 mit folgendem Wortlaut ergänzt: »Der Dienst zum Schutze des Vaterlandes und der Errungenschaften der Werktätigen ist eine ehrenvolle nationale Pflicht der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik.« (Vgl. Gesetz zur Ergänzung der Verfassung v. 26.9.1955. In: GBl. I 1955, S. 653) Eine verbindliche Einführung der Wehrpflicht war damit jedoch nicht verknüpft und das Gesetz zur Schaffung der NVA traf über die Wehrpflicht keine Aussage. In den »Bestimmungen für die Dienstlaufbahn der Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere der Nationalen Volksarmee der DDR« war dann explizit von der »freiwillige[n] Dienstleistung in der Nationalen Volksarmee« die Rede, die »auf dem Schwur der Treue gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik und auf der persönlichen Verpflichtung« beruhe. Vgl. Anlage L zum Protokoll der Sitzung des Präsidiums des Ministerrats v. 1.6.1956; BArch DC 20-I/4/179, Bl. 86–123, hier 90.

12

Das Potsdamer Abkommen wurde am 2.8.1945 von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs, Großbritannien, Sowjetunion und USA, geschlossen, Frankreich stimmte dem Abkommen am 7.8.1945 unter Vorbehalten schriftlich zu. In dem Abkommen wurde u. a. die vollständige Entmilitarisierung Deutschlands vereinbart. Das Abkommen ist dokumentiert in: Fischer, Alexander (Hg.): Teheran – Jalta – Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der »Großen Drei«. 3. Aufl., Köln 1985, S. 391–404.

13

Absatz bis hierhin am Rand doppelt markiert.

14

Absatz bis hierhin am Rand doppelt markiert.

15

Absatz bis hierhin am Rand doppelt markiert.

16

Absatz bis hierhin am Rand doppelt markiert.

17

Absatz am Rand markiert.

18

Der Weltfriedensrat (World Peace Council – WPC) ist das im November 1950 auf dem 2. Weltfriedenskongress in Warschau gebildete ständige Organ der Weltfriedensbewegung. Trotz nomineller politischer Unabhängigkeit war der Weltfriedensrat bis 1990 politisch und finanziell von der Sowjetunion abhängig. Seinen Sitz hatte der Weltfriedensrat 1956 in Wien.

19

Absatz am Rand doppelt markiert.

20

Zitat am Rand markiert.

21

Absatz am Rand markiert.

22

Absatz am Rand markiert.

23

Absatz am Rand markiert.

24

Die Weltfestspiele der Jugend und Studenten (kurz: Weltjugendspiele) fanden vom 15. bis 19.8.1951 in Ostberlin statt.

25

Absatz am Rand markiert.

26

Das IV. Parlament der FDJ fand vom 27. bis 30.5.1952 in Leipzig statt.

27

Absatz am Rand markiert.

28

Absatz am Rand markiert.

29

Absatz am Rand markiert.

30

Dieser und der folgende Satz sind unterstrichen.

31

Satz am Rand markiert.

32

Absatz am Rand markiert.

33

Absatz am Rand markiert.

34

Satzteil »parteilose Traktorist« unterstrichen.

35

Zitat am Rand markiert.

36

Satzteil »parteilose Aktivist« unterstrichen.

37

Zitat am Rand markiert.

38

Satzteil »werktätigen Bauern« unterstrichen.

39

Zitat am Rand markiert.

40

Satz am Rand markiert.

41

Es gab mehrere Gemeinden mit dem Namen »Ruppertsdorf« in der DDR, aber keine davon lag im Kreis Stadtroda. Daher ist vermutlich Rutttersdorf, Kreis Stadtroda, Bezirk Gera, gemeint.

42

Absatz am Rand markiert.

43

Absatz am Rand markiert.

44

Absatz am Rand doppelt markiert.

45

Im Original falsche Nummerierung: »V.«.

46

Satz am Rand markiert.

47

Satz am Rand markiert.

48

Vgl. Werktätige verlangen in vielen Versammlungen: Schutz unserem friedlichen Aufbau. Zahlreiche Forderungen nach Bildung einer Volksarmee. In: ND v. 17.1.1956, S. 1.

49

Satz bis hierhin unterstrichen.

50

Im Original: »VEB Feinstmechanik Dresden«.

51

Alle drei Spiegelstrich-Angaben unterstrichen.

52

Absatz am Rand markiert; »negative Erscheinungen« und »in folgenden VE-Betrieben« zusätzlich unterstrichen.

53

Absatz komplett unterstrichen.

54

Absatz komplett unterstrichen.

55

Absatz bis auf »Baustelle Altmarkt« komplett unterstrichen.

56

Absatz komplett unterstrichen.

57

Absatz komplett unterstrichen.

58

Gemeint ist der VEB Werkzeugmaschinenfabrik Vogtland, der 1953 aus der Vogtländischen Maschinenfabrik AG (VOMAG) hervorging und zuweilen noch unter diesem Namen auftaucht.

59

Im Original: »Spreetahl«.

60

Satz bis hierhin unterstrichen.

61

Es gab in Potsdam kein Kfz-Werk. Gemeint ist vermutlich eine Kfz-Werkstatt.

62

Absatz komplett unterstrichen.

63

Absatz komplett unterstrichen.

64

Im Original: »Feinstmechanik«.

65

Absatz komplett unterstrichen.

66

Wort unterstrichen.

67

Satzteil »die Arbeit nieder« unterstrichen.

68

Absatz am Rand markiert.

69

Siehe dazu auch Information [M12/56](#). – Kompletter Abschnitt am Rand markiert.

70

Absatz am Rand doppelt markiert.

71

Gemeint ist der VEB Chemische Fabrik v. Heyden, in dem Arzneimittel hergestellt wurden.



72

Konrad Adenauer, Jg. 1876, CDU-Politiker, 1949–63 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, 1950–66 Bundesvorsitzender der CDU.

73

Dieser und der vorangegangene Absatz am Rand doppelt markiert.

74

Im Original: »Lieberwolkwitz«.

75

Dieser und die folgenden vier Spiegelstriche am Rand markiert.

76

Dieser und die folgenden zwei Abschnitte am Rand doppelt markiert.

77

Vollständig: VEB Kraftfahrzeugwerk Phänomen Zittau.

78

Ein Ort dieses Namens war im Kreis Malchin nicht zu ermitteln. Möglicherweise ist Varchentin gemeint, dass allerdings nicht im Kreis Malchin, sondern im Nachbarkreis Waren in der Nähe der Kreisgrenze zu Malchin lag.

79

Demarkationslinie. So wurde die innerdeutsche Grenze in dieser Zeit noch häufig genannt.

80

Weimarschmieden ist der nördlichste Ortsteil der Gemeinde Fladungen in Unterfranken; er lag unmittelbar an der innerdeutschen Grenze lag.

81

Im Original: »Gera«. Geba ist eine Gemeinde im Kreis Meiningen, Bezirk Suhl, die ebenso wie Bettenhausen und Stedtlingen nahe an der innerdeutschen Grenze lag.

82

Dieser und die zwei folgenden Absätze am Rand markiert.

83

»Stummpolizei« war eine Bezeichnung für die Westberliner Polizei nach ihrem ersten Polizeipräsidenten Johannes Stumm (1948–63). Unmittelbar nach der Spaltung der Berliner Polizei im Juli 1948 zunächst allgemein verbreitet, war sie später nur noch in SED-nahen Kreisen üblich und pejorativ konnotiert.